

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 3.—, oder durch die Post bei täglich einmaliger Zustellung monatlich M. 3.50. Die 11seitige 32 mm breite Zeile Nr. 7.—, außerhalb Sachsens M. 8.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Zeichen und Wohnungsanzeigen, 1 poltische An- und Werbefläche die Zeile M. 5.—, Vorzugsplätze laut Tarif, Auswärtige Postgebühren gegen Vorauszahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 2.50

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marktplatz 38/40. Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Druckmaschinen: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer 25 241. Nur für Nachdruck: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher: 14025, 14034, 14038
12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 26504
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Schokolade
Deutschschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Ablehnung des Schutzgesetzes durch Bayern.

Die Erklärung des bayerischen Gesandten im Reichstag.

Abdruck der Aussprache.

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 10. Juli. Bei Eröffnung der Reichstags-Sitzung wurde regierungstreu mitgeteilt, daß die Interpellation Hertel betr. Auflösung rechtsgerichteter Verbände und die Interpellation Dr. Beder-Deßen (D. Sp.) betr. die Vorkommnisse in Darmstadt in der nächsten Frist beantwortet werden sollen. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Antrag aller Parteien zur Erhöhung der Bezüge von Sozialrentnern. Die Erhöhung erfolgt bei den Renten zu Lasten der Versicherungsträger. Den neuen Vorschlag der Entwurf neue Lohnklassen mit neuen Steigerungsstufen und Beiträgen an. Die Vorlage wurde in allen drei Beschlüssen angenommen. — Angenommen wurde auch ein Antrag Deermann (Bayr. Sp.) über die ungemessene Verwendung der Lehrer aus den abgetretenen Gebieten und der stellenlosen Junglehrer.

Gesetzentwurf zum Schutze der Republik.

Abg. Dr. Weß (Centr.) berichtete über die Verhandlungen des Rechtsausschusses.

Der bayerische Gesandte in Berlin v. Preger gab namens des bayerischen Innenministers folgende Erklärung ab:

Der Gesetzentwurf verfolgt den Zweck, verbrochenen Angriffen auf die Staatsform und ihre Träger mit den schärfsten Maßnahmen entgegenzutreten. Inwieweit der parlamentarische Staat der letzten Zeit stimmt auch die bayerische Staatsregierung dieser Absicht grundsätzlich zu. Auch sie hält eine Verschärfung der Vorschriften in dieser Richtung für angebracht. Die bayerische Regierung hält jedoch den Gesetzentwurf in dieser Form nicht für annehmbar. Das Gesetz zum Schutze der Republik greift tief in die verfassungsmäßige Anhänglichkeit der Länder ein, insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes. Sie erblickt in der Aufhebung des Verfallrechts, sowie der Freiheit der Presse außerordentlich einschneidende Beschränkungen. Der Gesetzentwurf wird statt der erstrebten Verhinderung neuer Verurteilungen hervorgerufen. Durch den Rechtsausschuss ist zwar ein Teil dieser vom bayerischen Ministerpräsidenten hervorgehobenen Bedenken beseitigt oder gemildert worden. Dagegen hat der Rechtsausschuss einige Bestimmungen der ursprünglichen Regierungsvorlage beibehalten oder noch erweitert, die es der bayerischen Regierung unmöglich machen, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form anzunehmen. Dies gilt namentlich von den Bestimmungen über den Staatsgerichtshof und seine Zusammensetzung. Es werden Ihnen hier eine Reihe von Anträgen vorgelegt werden, die ge-

eignet wären, die schweren Bedenken der bayerischen Regierung auszugleichen. Ich bitte Sie in dieser ersten Stunde, diesen Anträgen anzustimmen und das Gesetz auch der bayerischen Regierung nicht untragbar zu machen.“ Die Aussprache über das Schutzgesetz wurde darauf abgebrochen.

Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik

an den Rechtsausschuss erhob Abg. Schiele (D.-N.) Einspruch. Es fand daraufhin die erste Lesung statt.

Abg. Deckerl (D.-N.) protestierte scharf gegen diese Vorlage. Den Beamten sei das Recht angetan, ihre politische Überzeugung frei zu äußern. Jetzt wolle man sie knebeln. Der Regierung seien die größten Schwierigkeiten aus den Kreisen der Linken gemacht worden. Das vorliegende Gesetz sei nichts als ein Maulkorbgesetz für die Beamten. (Ausrufung rechts.) Die Deutschnationalen hätten nie Zweifel darüber gelassen, daß sie die Wenderung der Staatsform mit verfassungsmäßigen Mitteln erstrebten. Wenn aber Beamtenbestrebungen gegen die republikanische Verfassung verboten würden, auch wenn diese Bestrebungen sich im Rahmen der Reichsverfassung hielten, so bedeutete das eine Verankerung des Verfassungsbruches im Gesetz. Es komme der Linken nicht auf den Schutz der republikanischen Staatsform, sondern auf die Aufrechterhaltung ihrer Macht an. Die Vorlage wurde darauf an den Rechtsausschuss verwiesen. — Weiterberatung Dienstag 2 Uhr.

Berliner Polizei in München.

München, 10. Juli. Wie die „Staatszeitung“ mitteilt, sind im Zusammenhange mit der Verfolgung der Organisation O 19 Personen in München gefasst worden. Von diesen wohnten fünf seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr in Bayern bzw. in München. Eine Person ist flüchtig. Drei Studenten wurden wegen angeblicher Zugehörigkeit zur Organisation O 19 festgenommen. Von diesen drei ist kein einziger Bayer. Vorgenommene Hausdurchsuchungen förderten kein belastendes Material zutage, so daß die Freilassung der Studenten bevorsteht. Zahlreiche Personen, darunter Ludendorff, wurden vernommen. Die Vernehmungen verliefen aber ergebnislos. Die Polizeidirektion München wird sich mit einer Beschwerde an das Ministerium wenden, weil sich die Berliner Polizei der Verletzung der bayerischen Hoheitsrechte schuldig gemacht haben soll. (M. T. B.)

Auflösung der Deutschsozialen Partei in Braunschweig.

Braunschweig, 10. Juli. Auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik wurden vom Staatsministerium sämtliche im Freistaat Braunschweig bestehenden Gruppen der Deutschsozialen Partei verboten und aufgelöst.

Der Schlusssatz der Wiederübernahme Oberschlesiens.

Oppeln, 10. Juli. Bei leuchtendem Sonnenschein fand heute die Wiederbesetzung des letzten Stückes der wieder an Deutschland fallenden ober-schlesischen Erde durch deutsches Militär ihren Abschluß. Der Festakt wurde eingeleitet durch einen Gottesdienst in der alten Pfarrkirche. Als Vertreter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers war Reichsarbeitsminister Braun erschienen. Das Reichsministerium des Innern hatte Ministerialrat Geh. Regierungsrat Schmidt, das Auswärtige Amt Regierungsrat v. Aers entsandt, die preussische Staatsregierung Minister des Innern Severin. Den Ring, auf dem der feierliche Akt vor sich ging, umfäumten zahlreiche Vereine, Körperschaften und bayerische Korporationen mit ihren Fahnen. Gegen 12 Uhr erreichte der Jubel seinen Höhepunkt, als der Stab der Reichswehr mit Generalmajor v. Ledebour an der Spitze in den Ring eintrat und vor der Rednertribüne Halt machte. Nach einem durch den Oppelner Musikverein zum Vortrag gebrachten Pledge übergab General Dr. Eckardt mit kurzen Worten die Regierungsgewalt dem Oberpräsidenten Wittke.

Wittke erwiderte darauf mit einer Ansprache, in der er u. a. sagte: Freude und Schmerz bewegen heute unser Gemüt, die Freude, daß unser Oberschlesien nach 24jähriger Besetzung vom Druck des Feindbundes befreit ist, aber auch der Schmerz, daß so viele ober-schlesische Brüder von uns getrennt und einem anderen Lande zugezogen sind, zu dem sie innerlich nie gehört haben. Wir wollen es genug sein lassen des Haders und der Zwietracht und der Verleumdung, die unserer Heimat so schwere und tiefe Wunden geschlagen haben. Die allgemeine Sehnsucht nach Ruhe und Frieden geben mir die Gewähr dafür, daß jeder Oberschlesier und jeder wahre Freund Oberschlesiens durch unbedingte Ruhe und Ordnung, durch Arbeitsamkeit und Beteiligung christlichen Opferes an dem Wiederaufbau unseres eigenen Heimat und damit auch an dem unseres großen Vaterlandes nach Kräften weiterarbeiten werden. Mit diesen Gefühlen übernehme ich nach genau 29 Monaten die Verwaltung des wiedervereinigten Oberschlesiens und begrüße herzlich die hier anwesenden Vertreter des Reiches und der preussischen Staatsregierung.

Nach einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland stimmte die Menge Deutschland, Deutschland über alles an.“ Darauf wurden noch zwei Begrüßungsgramme, die vom Reichspräsidenten und Reichsminister des Innern Dr. Koerber angelangt waren, verlesen.

Der Reichspräsident sandte folgendes Telegramm:

„Am Tage der Befreiung der uns verbliebenen Teile Oberschlesiens sende ich dem schwergeprüften Lande meine Grüße und Wünsche. Unauslöschlicher Dank gebührt der treu-deutschen Bevölkerung, die allen Verlockungen und Bedrohungen zum Trost ihr mannhaftes Bekenntnis zum Vaterlande abgelegt hat. Mit tiefer Trauer gedente ich der entfallenen Landesstelle und ihrer Bewohner. Wir werden ihnen die Treue halten und mit ihnen den gemeinsamen Schmerz über das erduldet Unrecht tragen. Die wirtschaftlichen Wunden, die die Fremdbesatzung und die Verreckung dem Lande geschlagen hat, muß deutscher Fleiß und deutsche Hilfsbereitschaft zu heilen versuchen.“

Reichsminister Koerber sandte folgendes Telegramm: „Zu der feierlichen Wiederübernahme des bei Deutschland verbliebenen Teiles Oberschlesiens in deutsche und preussische Verwaltung bitte ich Sie, allen Bevölkerungsteilen der schönen Provinz meine besten Wünsche für ihren Wiederaufbau und auf eine gedeihliche Zukunftsentwicklung auszusprechen. Soweit es in meinen Kräften steht, darf ich versichern, daß auch innerhalb meines Gebietes alles geschehen wird, dem Lande die schwere Prüfungszeit der letzten Jahre vergessen zu machen, und ihm die geschlagenen Wunden zu heilen.“ (M. T. B.)

Die Verhandlungen im Haag.

Haag, 10. Juli. Heute hatte der Unterausschuss für die Kredite wieder eine Zusammenkunft mit der russischen Abordnung. Der Vorsitzende des Unterausschusses legte den Russen eine Reihe von Fragen wegen des Wiederaufbaues von Rußland vor. In einer Auseinandersetzung, die dreiviertel Stunden dauerte, erzielte Krassin über diese Fragen Auskunft. Er gab u. a. Auskunft über das Material, das die russischen Eisenbahnen brauchen und über die landwirtschaftlichen Bedürfnisse. Was die zu verbleibenden Konzessionen betrifft, teilte er mit, daß die russische Regierung nur für neue Eisenbahnlinien Konzessionen erteilen werde. Schließlich machte Krassin noch Mitteilung über Fragen betr. den Außenhandel Rußlands. Namens der russischen Abordnung legte Witnow dem Unterausschuss eine Reihe von Fragen, teils politischen, teils wirtschaftlichen Charakters vor. Ueber die russischen Fragen wird der britische Abgeordnete demnächst Antwort geben, während hinsichtlich der politischen Fragen der Vorsitzende erklärte, daß sich die Aussprache darüber noch nicht entwickelt habe, daß man diese Fragen schon beantwortet könne. (M. T. B.)

Die Gewerkschaften im Volksstaat.

Der Zusammenbruch der freien Gewerkschaften mit den bis dahin bekämpften drei sozialistischen Parteien zu einer Einheitsfront, zur Durchsetzung weitgehender politischer Forderungen nach dem Worte an Rathenau, ist um so bemerkenswerter, als noch kurz vorher auf dem 11. Deutschen Gewerkschaftskongress in Leipzig nicht nur auf politischen, sondern auch auf wirtschaftlich-inflationären Gebiet mannigfache Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten waren. Naturgemäß wird man sich damit abfinden müssen, daß, nachdem der „Orbis-faktusstaat“ zu Grunde getragen und an seine Stelle der Volksstaat getreten ist, die Gewerkschaften eine ganz andere Stellung einnehmen und als „Schützer der Republik“ aufzutreten sich berufen fühlen. Soweit aber dürfen denn doch ihre Machtansprüche nicht gehen, daß sie in entscheidenden Lebensfragen der Nation die Führung an sich nehmen wollen. Ein solcher Entschluß mag unter dem ersten Eindruck der entscheidenden Tat, in der natürl. Erregung jedes rechtlich Denkenden und vaterländisch Fühlenden verständlich erscheinen. In die Tat umzusetzen, müßte er aber zu verhängnisvollen Folgen führen. Nicht allein deshalb, weil er die in Leipzig von dem Frankfurter Professor Dr. Singheim und von Rud. Wiffel ausgesprochene Mahnung außer acht läßt, daß Macht allein, ohne Wissen, Kenntnisse und Erfahrungen niemals Brauchbares und Bleibendes schaffen kann. Unbestreitbare Tatsache ist aber, und gerade gegenüber dem gefährlichen Machtanspruch der Gewerkschaften muß das nachdrücklich betont werden, daß die Gewerkschaften, auch wenn sie die genannten Organisationen hinter sich haben, noch lange nicht das gesamte Volk sind. Dieses besitzt seine besonderen Sachwalter: in der parlamentarischen Vertretung im Reich und in der aus ihr hervorgegangenen Regierung, die gewiß in vielen Fällen den Wehrheitswillen zur Ausführung bringen muß, nimmermehr aber dann, wenn, wie im vorliegenden Falle, die Minderheit so bedeutende Kräfte und wichtige Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, unsere letzte und einzige Zukunftshoffnung, aufzuweisen hat.

Die Regierung, die für das Wohl des Staatsganzen verantwortlich ist und in der Entwicklung und Zusammenfassung aller Kräfte zum Besten der Volksgemeinschaft ihre pflichtgemäße Aufgabe zu erblicken hat, darf sich einem so spontan entstandenen Programm um so weniger unterwerfen, als zwischen den beteiligten Organisationen in den wichtigsten wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Gegenwärtigen Widersprüche und Widersätzlichkeiten bestehen, die ein sachliches Zusammenwirken kaum möglich erscheinen lassen. Von den drei sozialistischen Parteien ist das zu bekann, als daß darauf hier näher eingegangen zu werden brauchte. Auch auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig, wo doch Fragen der Organisation und der Wirtschaft behandelt werden sollten, sind die Gegensätze zwischen Reichssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten stark hervorgetreten. So hat Wiffel, der frühere Reichswirtschaftsminister, den Klassenkampfgedanken, zu dem sich Unabhängige und Kommunisten vorbehaltlos bekennen, scharf verurteilt, soweit er inwitten der Neuordnung unserer Wirtschaft, wozu es der Konzentration aller Kräfte bedarf, gefordert und geführt wird: „Wenn die Träger des Klassenkampfgedankens sich hermetisch abschließen und sich weigern, mit den Unternehmern an einem Tisch zu sitzen, dann bereiten sie diesen nur eine Freude. Sehr oft ist diese Weigerung auch der Ausdruck eines Mangelns an Vertrauen, den Unternehmern getreu gewachsen zu sein. . . Nicht einzelne, sondern die ganze Arbeiterklasse muß befaßt werden, den Klassenkampf zu führen.“ Dazu wird es dann nicht kommen, wenn dieser Ruf zu sachlicher Mitarbeit im wirtschaftlichen Leben von den Arbeitern richtig verstanden wird, wenn sie, wie es in weiten Arbeiter- und Anstaltentkreisen bereits der Fall ist, auf Grund christlicher Mitarbeit-Überzeugung gewinnen, daß ihr Platz an der Seite der Unternehmer ist, daß nur gemeinschaftliches Zorzen und Wirken zum Ziele führen kann.

Bezüglich der Schlichtungsordnung stellte sich ein reichliches Drittel der Delegierten auf den Standpunkt, daß ihre Befestigung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verhindert werden müsse. Für die weitere Mitarbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft ergab sich eine ganz knappe, überdies stark angezwungene Mehrheit, obwohl Wiffel in seinem sehr beachtenswerten Referat über Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsfragen erklärt hatte: Nur in gemeinsamer Durchberatung der Wirtschaftsfragen könne man vorwärts kommen. Es sei ein natürl. Standpunkt der Gegner der Arbeitsgemeinschaften, wenn diese glaubten, ohne die Unternehmer in allgemeinen Wirtschaftsfragen etwas erreichen zu können. Man solle nur nicht denken, daß die kommende Wirtschaftskrise mit geschickten Regelungen oder gar mit Demonstrationen zu verhindern sei. Wer die Abschaffung der Arbeitsgemeinschaften fordere, verlange Preisgabe der Arbeiterinteressen. — Aber diese unantastbaren Feststellungen haben auf die Gegner der Arbeitsgemeinschaften nicht den geringsten Eindruck gemacht: aus den Reihen der Unabhängigen erzielte der Redner reichsten Beifall, der unbedürftig um die wirtschaftlichen Folgen restlos einen Machtstandpunkt vertrat, der von